

Laibacher Zeitung.



Nr. 221.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Mittwoch, 27. September

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2m. 80 fr., 3m. 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1871.

Mit 1. October

beginnt ein neues Abonnement auf die „Laibacher Zeitung.“

Der Pränumerationspreis beträgt für die Zeit vom 1. bis Ende October 1871:

Im Comptoir offen	fl. 92 fr.
Im Comptoir unter Couvert	1 " — "
Für Laibach ins Haus zugestellt	1 " — "
Mit Post unter Schleifen	1 " 25 "
Für die Zeit vom 1. October bis Ende December:	
Im Comptoir offen	2 fl. 76 fr.
Im Comptoir unter Couvert	3 " — "
Für Laibach ins Haus zugestellt	3 " — "
Mit Post unter Schleifen	3 " 75 "

Amtlicher Theil.

Der Finanzminister hat im Personalstande der Rechnungs- und Fachrechnungsdepartements des Finanzministeriums die mit Titel und Charakter von Rechnungsräthen bekleideten Rechnungsofficiale Ferdinand Angermeyer und Adolf Rosmus, dann die Rechnungsofficiale Ignaz Reindler, Franz Wagenknecht, Anton Ruskla, Moriz Stadler, Johann Kralik, Alois Stirba von Stirbiz, Michael Rabenlehner, Franz Lenhart, Joseph Colart, Anton Falger, Heinrich Buchatschel und Albert Gottlieb zu Rechnungsräthen ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Centralisation und Decentralisation.

„Warrens Wochenschrift für Politik und Volkswirtschaft“ beleuchtet die beiden Begriffe „Centralisation und Decentralisation“ in ihrer Nummer 39, wie folgt:

„Eine der wichtigsten staatlichen Fragen betrifft das Centralisationssystem. Ihre Lösung ist deshalb so schwierig, weil sie mit der Vereinbarung der divergirendsten Stimmungen und Neigungen der Genossen eines Staates, so wie mit der Beseitigung der verschiedenartigsten, die größten Hindernisse darbietenden Ursachen verknüpft ist. Während in Deutschland ein Meinungskampf zwischen den Unionisten und den Particularisten obwaltet, steht in Oesterreich wie in Italien und Spanien den Einheitsbestrebungen der Föderalisten schroff gegenüber. In Frankreich und Belgien treten die Centralisten den Decentralisten als Gegner auf; in England sind die Verfechter der Rechte der Krone mit jenen der Localinteressen, und in den Vereinigten Staaten die Republikaner mit den Demokraten fortwährend im Streite. — Die von der französischen Regierung beliebte und von der Versailler Nationalversammlung fast ohne Debatte votirte Bildung der Generalräthe zielt offenbar auf eine staatliche Decentralisation hin. Es ist daher jedenfalls interessant, die Ansichten kennen zu lernen, welche in der einen und anderen Richtung in Frankreich ihren Ausdruck finden.“

Die Anhänger der Centralisation erblicken die wahren staatlichen Interessen nur in der von der Staatsverwaltung ausgehenden Bevormundung der departementalen und communalen Vertretungen. Sie glauben, daß diese verschiedenen Körperschaften, wenn sie sich selbst überlassen bleiben, ausschließlich ihre particularen Vortheile ins Auge fassen und eine so große Unabhängigkeit erlangen würden, daß Frankreich sich schließlich in einen Föderativstaat verwandelt sehen dürfte, in welchem die Departements und die Communen zum Nachtheile der Gesamtheit die Oberhand behalten könnten. Dies müßte aber zu Unzukömmlichkeiten führen, denen die Regierung mit aller ihr zu Gebote stehenden Macht entgegen zu wirken bestrebt sein soll. Viele sind auch der Ansicht, daß der patriotische Sinn sich nicht entwickeln und an den allgemeinen Fortschritt nicht gedacht werden könne, wenn den Provinzen die Selbstverwaltung anheimgestellt wäre. Ein Theil des Landes würde alsdann in der Intelligenz vorwärts schreiten, während der andere völlig zurückbleiben oder gar unter Leitung des Clerus und der Feudalen in den Intolerantismus früherer Jahrhunderte zurücksinken würde. In dieser Weise müßte

sich im Staate eine tief eingreifende Spaltung von den bedauernswerthen Folgen bilden, und es könnte endlich gar zu einem Bürgerkriege kommen. Wer vermag in der That zu beurtheilen, welche Rückschritte gewisse Landestheile machen würden, wenn sie bloß den Eingebungen ihres wenig entwickelten Geistes, ihren Vorurtheilen und den sie beherrschenden Einflüssen folgen wollten.“

Es sei daher, sagen die Centralisten, zuvörderst notwendig, daß alle Macht sich in den Händen der Staatsverwaltung concentriere, welche Europa gegenüber es niemals wagen wird, retrograd zu verfahren, sondern offen vorgehen muß und auf die Dauer den Anforderungen der Wissenschaften und der Controle der Presse nicht widerstehen könnte. Von der anderen Seite wird aber geltend gemacht, daß die Centralisation eine unüberhältnißmäßig große Zahl von Beamten erheischt, welche im Hinblick auf ihre Stellung weniger die Interessen der einzelnen Provinzen und Gemeinden berücksichtigen, als diese mit Recht beanspruchen dürfen. Abgesehen davon, daß der Staatshanshalt überhaupt mehr Ausgaben in Anspruch nehme, als nöthig erscheine, verschlinge das Beamtenheer gleich einem modernen Minotaurus die Intelligenz der jungen Leute zum großen Nachtheile des industriellen und commerciellen Fortschrittes. Bei der Decentralisation hingegen vermindern sich die Staatsausgaben im Allgemeinen und die Zahl der Beamten kann weit geringer sein als jetzt, ohne daß der öffentliche Dienst darunter litte. Es entsteht auch die Frage, weshalb überhaupt die Angelegenheiten der Provinzen und Gemeinden von der Einmischung jeweiliger Gouverneure oder Statthalter abhängig sein sollen. Die Centralisten sagen allerdings, daß eine zu sehr ausgebreitete Autonomie der Gemeinden und der Departements für die rein örtlichen Geschäfte ihres Wirkungskreises leicht zur Willkür derselben führe und den Keim zur Auflösung des Gesamtverbandes lege; allein dagegen wird von der andern Seite eingewendet, daß die Gemeinden in England, Belgien, Preußen und Oesterreich sich der möglichsten Unbeschränktheit erfreuen, ohne daß dadurch Uebergrieffe vorkommen, und daß im Gegentheil gerade die Gemeindefreiheit das Nationalgefühl und den Patriotismus hebe, welcher aber, wie es in Polen, Griechenland und Venedig geschah, durch die Centralisation eher geschwächt werde.

Die Gegner der Centralisation meinen endlich, daß die harten Kämpfe, welche Frankreich seit achtzig Jahren bestanden und es sogar mit völliger Auflösung bedroht hatten, alle Unbilden über sich ergehen lassen mußten, weil die Staatsverwaltung ihm schlechte Dienste geleistet hatte. Wegen irgend einer der Vicinalwege, die Schule und die Kirche betreffenden Frage wendeten sich ihr ganze Provinzen und Communen ab, statt daß die Decentralisation sie vieler Anliegen überhoben haben würde, die sie gar wenig angehen, und sie statt dessen ihr Augenmerk den wichtigen allgemeinen Staatsinteressen und den nationalen Fortschritten zuwenden konnte. Die französische Regierung selbst scheint sich indeß, wie oben bemerkt, mehr der Decentralisation zuneigen zu wollen.“

Zur Ablösung der Forstservitute.

Der Augenschein lehrt, daß viele ausgedehnte Waldflächen, insbesondere in Gebirgsgegenden, welche von Seite des Aarars und der Privat-Gutskörper behufs der Ablösung der auf Waldflächen haftenden Forstrechtsgenüsse (Servitute) in das Eigenthum bezugberechtigter Gemeinden oder Privatpersonen abgetreten worden sind, bereits übermäßig ausgenützt, schlecht, ja devastirend behandelt wurden. Die üblen Folgen dieses Verfahrens, die Nachteile dieser rücksichtslosen Gebarung werden allenthalben fühlbar, und die abgetriebenen kahlen Waldflächen geben ein trauriges Zeugniß von dem für Land und Volk verderblichen Bestande der Wälder.

Die in Oesterreich betreffs der Ablösung der Holz- und Weideservitute bestehenden Geseze lassen die Ablösung dieser Forstrechtsgenüsse entweder mittelst Entschädigung in Geld oder mittelst Abtretung einer entsprechenden Waldfläche zu.

Die bayerische Staatsforstverwaltung hat aber in Anbetracht der Eingangs erwähnten Thatfachen den Grundsatz aufgestellt: nunmehr zur Einlösung von Forstrecht Waldgrund-Abtretungen nur dann eintreten zu lassen, wenn die betreffenden Waldflächen zur Umwandlung in gute Wiesen und Felder, überhaupt zu einer besseren Benützung sich eignen. Gehören die abzutretenden Waldflächen zum absoluten Waldboden, so

erscheint eine Umwandlung in Wiesen und Acker nicht zulässig, überdieß ist eine andauernde, nachhaltige Bewirthschaftung von Seite der theilhaftigen Gebirgsbevölkerung rücksichtlich der abgetretenen Waldflächen mit Sicherheit nicht zu gewärtigen.

Die „Augsburger Allgemeine Zeitung“ widmet dieser wichtigen Frage in der Beilage zu Nr. 262 vom 19 d. einen eingehenden Artikel, worin dieselbe unter Anderem Folgendes sagt:

„Der einzige für den Staat, das Land und das Volk entsprechende und erspriechliche Modus der Ablösung von Forstrechtsgenüssen besteht erfahrungsgemäß bloß und ausschließlich sowohl für die berechtigten Oekonomen als wie für das Aerar nur in der Einlösung mit Bargeld, insofern nicht der oben angeführte Grundsatz der Staatsforstverwaltung, nämlich nur solche Waldgründe abzulassen, die zur Umwandlung in Felder und Wiesen, überhaupt zu einer besseren Benützung sich eignen, oder wenn nach den obwaltenden Verhältnissen eine fortwauernde pfllegliche Behandlung des Waldes in sichere Aussicht genommen werden kann, als maßgebend Anwendung zu finden hat. Bei diesem Modus der Ablösung wird erfahrungsgemäß der Wald, insbesondere die so bedeutungsvolle Gebirgswaldung, sowohl im Interesse des Staatsärars als in jenem der theilhaftigen Bevölkerung und ihrer Nachkommen, erhalten und daher zum allgemeinen Nutzen und Frommen des Landes und Volkes nachhaltig gepflegt werden. Auch empfiehlt sich die Ablösung mit Bargeld besonders in ökonomischer Beziehung deshalb, weil die Theilhaftigen alsdann zur intensiven Verbesserung ihrer landwirthschaftlichen Oekonomie und Haushaltung die nöthigen Geldmittel in die Hand bekommen, dieselben dadurch endlich einmal zu Holz ersparenden Einrichtungen und Maßnahmen hingeleitet und dadurch nach und nach zur Beseitigung der eingewurzelt, überall noch vorherrschenden Holzverschwendung bei der baulichen Construction ihrer Wohn- und Oekonomiegebäude, Defen, Berzäunungen etc. hingelenkt werden. Auch spricht man bei dieser Gelegenheit die feste Ueberzeugung unumwunden dahin aus: daß, wie überall beobachtet, in allen jenen Gegenden, wo die ländliche Bevölkerung, namentlich der in jenen Gebirgsgegenden bis jetzt noch nicht genügend unterrichtete und von der Bedeutung des Waldes, sowie von einer rationellen Landwirtschaft belehrte Bauernstand, Forstrechtsgenüsse (Holz-, Weide-, Streu-Rechts-Bezüge) in ärarialischen oder in anderen Waldungen besitzt, in der Regel und im allgemeinen nicht die geringste Rücksicht auf Holzersparung und Verbesserung des landwirthschaftlichen Haushalts und Betriebs nimmt, sondern überall nur die größte Holzverschwendung, die rücksichtsloseste Weide- und Streunutzung im Wald ausübt, und daß daher überhaupt die bäuerliche Oekonomie in allen zeitgemäßen Verbesserungen und Fortschritten zurückbleibt, und im blinden Anhang und Festhalten an den alten Mißbräuchen und dem gewöhnlichen Schlenkrian auf Kosten und zum Ruin des Waldes eine planlose unrentable Wirthschaft treibt, wobei Gut, Feld und Wald zu Grunde gehen. Nur einzig und allein gleich vortheilhaft für den Staat wie für die ländliche Bevölkerung zeigt sich nach allen Erfahrungen und Ueberzeugungen lediglich der Modus der Ablösung solcher Forstrechtsgenüsse mit Bargeld, keineswegs aber jener mit Waldgrundabtretung von großen Extensionen, welche erfahrungsgemäß überall mit denselben nachtheiligen Folgen und Opfern für den Staat, sowie für die theilhaftige Bevölkerung und Landschaft verbunden war, und sich besonders in Gebirgsgegenden äußerst schädlich und von den ungünstigsten Ein- und Rückwirkungen auf den land- und forstwirthschaftlichen Haushalt äußern. Nur allein jenem Verfahren, namentlich aber bei absoluten Waldproductions- oder Gebirgsterrain-Verhältnissen, wird in unbefangener Anschauung und Beurtheilung für den Staat und die Bevölkerung der Erhaltung des so bedeutungsvollen Gebirgswaldes und zugleich den zeitgemäßen Fortschritten der ländlichen Oekonomie der Gebirgsbewohner, sowie überhaupt der ganzen Gebirgslandschaft, am meisten und wohlthätigsten Rechnung getragen, und dadurch einzig und allein die durch ihre materiellen und physischen Einflüsse so wichtigen Gebirgswaldungen als die Hauptfactoren der Fruchtbarkeit, des Quellens- und Wasserreichtums, der Gesundheit und Schönheit, ja des ganzen Wohlstandes der betreffenden Gebirgslandschaft erhalten und gerettet werden.“

In mehreren norddeutschen Ländern und Provinzen sind die auf den Waldungen haftenden Forstrechtsgenüsse schon vor vielen Jahren durch Regulirung mit Bar

geld zum Besten der Walderhaltung und zum vollen Nutzen für die Defonomie abgelöst worden. Sollten dem Staate momentan oder etatsgemäß die zu diesem so bedeutungsvollen und allseitig ersprießlichen Modus der Ablösung der auf den Staatswaldungen haftenden Lasten mit Bargeld nöthigen Mittel nicht zur Disposition stehen, so ließe sich doch gewiß zu jener Servitutsablösung die Beschaffung der nöthigen Geldmittel durch ein gesetzliches Amortisationsverfahren, wobei etwa die laufenden Zinsen des verwendeten Ablösungscapitals aus den Revenuen der Staatsforstverwaltung ihre Deckung zu finden hätten, abhaken, oder man lasse es, wenn solches durchaus nicht stattfinden könnte, anstatt den Wald abzulassen und denselben der Ausnützung und Devastation preiszugeben, bei dem bisherigen, schon fast Jahrhunderte bestehenden Verfahren, wobei der Wald in den Händen des Staates zum Besten und Wohl des Landes und der Bevölkerung nachhaltig und pfleglich behandelt und die Landschaft ihren natürlichen Schutz und Schmuck behält."

Bur Lage Frankreich's.

"Wenn wir über das Allianzsystem unsere Ansicht aussprechen sollen," erklärt der "Moniteur," "so würden wir sagen, daß dazu die Zeitverhältnisse überhaupt nicht angethan sind. Arbeiten wir ununterbrochen und entschlossen an der Räumung unseres Gebietes, und suchen wir womöglich für diese Eventualität Europa nichts zu bieten und abzuverlangen. Es gereicht uns deshalb zur hohen Befriedigung, daß Herr Thiers nicht nach der Schweiz reist, um mit dem russischen Staatskanzler zusammenzutreffen, denn es würde sich Alles auf akademische Reden beschränkt haben, und das Publicum wäre höchstens einmal mehr in Illusionen versetzt und enttäuscht worden."

Die Commission, welche mit der Installation der Regierung in Versailles betraut ist, hat drei ihrer Mitglieder bestellt, welche in Versailles zu verbleiben und mit der Quästur und den Architekten jene Maßnahmen zu verabreden haben, welche zur Durchführung des von der National-Versammlung gefassten diesbezüglichen Beschlusses nothwendig sind.

Die Entwaffnung der Nationalgarden geht ungehindert von statten und ist bereits in den Departements Rhone, Loire, Gard, Cher, Allier, Nièvre und Haute-Sarone durchgeführt.

Von den für Versailles bestimmten acht Kriegsgewichten sind bis jetzt bloß sechs in Wirksamkeit, doch sollen die anderen zwei binnen Kurzem ebenfalls ihre Sitzungen eröffnen. Vor dem vierten Kriegsgewicht wird am Samstag eine Gesellschaft von Knaben erscheinen, von denen der jüngste 11 Jahre alt ist, und die auf die Truppen geschossen haben. Die Eltern dieser Kinder sind ebenfalls vorgeladen. Von demselben Gewichte wird übrigens auch ein junges Weib verurtheilt werden, welches ebenfalls auf die Truppen geschossen hat, zu ihrer Entschuldigung jedoch anführt, sie sei nur aus Neugierde auf den Kampfplatz gegangen und glaube, durch die von ihr abgefeuerten Schüsse Niemanden verletzt zu haben.

Die Berufung des Civil-Gouverneurs von Algerien, Vice-Admiral Gueydon, nach Versailles wird von der "Opinion Nationale" im vortheilhaftesten Sinne gedeutet. Das erwähnte Blatt meldet nämlich, Gueydon sei nach Versailles berufen worden, um mit dem Präsidenten der Republik und den Ministern die Maßregeln zur allgemeinen Reorganisation der Colonie zu besprechen. "Man will nicht mehr," schreibt die "Opinion

Nationale," "daß sie „ein arabisches Königreich“ bleibe, zu welchem die Colonie im dynastischen Interesse, zum Vortheil und zur Ausbeutung des Generalstabes der Armee und der einheimischen Aristokratie gemacht wurde. Eine furchtbare allgemeine Erhebung, an deren Spitze wir den Sohn Ab-del-Kaber's, einen Freund des Ex-Kaisers, und alle arabischen großen Herren, die gewöhnlichen Gäste in den Tuilerien, in Fontainebleau und Compiègne, die Freunde unserer Generale stehen sahen, hat uns belehrt, daß Algerien mehr eine Apanage des kaiserlichen Hofes, als eine Eroberung der Nation war. Es ist hohe Zeit, dieser ungesund und gefahrvollen Lage ein Ende zu machen." Ebenjowenig soll aber Algerien, wie das Empire es wollte, „eine europäische Colonie“ oder aber „ein französisches Lager," sondern eine französische Provinz sein. Zur Erreichung dieses Zieles, meint die "Opinion Nationale," gebe es nur ein Mittel: die vollständige Beseitigung der willkürlichen Militärwirtschaft und die Erziehung des Arabers zum Bürger, nicht aber zum Soldaten, wie es bisher geschehen. Gueydon habe den zu diesem Ziele führenden Weg bereits betreten, indem er die Entwaffnung der unterjochten Stämme anordnete.

Politische Uebersicht.

Laibach, 26. September.

Die „Oesterr. Corr.“ bestätigt, daß die mit der ungarischen Regierung gepflogenen Verhandlungen bezüglich der von den Delegationen in ihrer letzten Session angenommenen Resolution, die Subvention für den „Oesterreichischen Lloyd“ erst nach Genehmigung des abgeschlossenen Vertrages durch die Legislativen der beiden Reichshälften in das Ausgabenbudget des Ministeriums des Aeußern einzustellen, zu einem vorläufigen Abschlusse geführt haben. Hiernach unterliegt es füglich keinem Zweifel, daß die ungarische wie die diesseitige Regierung conforme Gesetzentwürfe wegen jener Genehmigung im Reichstage und Reichsrathe einbringen werden.

Im galizischen Landtage wird es bald lebhaft werden. Es wurden drei Adressentwürfe ausgearbeitet. Der Entwurf Biemalskowski's betont die Erhaltung der errungenen constitutionellen Freiheiten. Smolka's Entwurf ist ein Vertrauensvotum für die Regierung und erwartet die Befriedigung Galiziens durch Bewilligung der Resolutionsforderungen. Klaczko's Entwurf endlich gibt ebenfalls das Vertrauen der gegenwärtigen Regierung kund.

Im Altkatholiken-Congresse zu München brachte Prof. Schulte einen Antrag auf Bildung selbstständiger altkatholischer Gemeinden ein, welcher angenommen wurde.

Bei den Versammlungen verschafften sich folgende Ideen die Zustimmung der Theilnehmer: „Wir halten bei der Heranbildung des katholischen Clerus die Pflege der Wissenschaft für unentbehrlich. Wir betrachten die künstliche Abschließung des Clerus von der geistigen Cultur des Jahrhunderts (in Knaben-Seminarien und einseitig von Bischöfen geleiteten höheren Lehranstalten) bei dessen großem Einfluß auf die Volkscultur als gefährlich und als höchst ungeeignet zur Erziehung und Heranbildung eines sittlich-frommen, wissenschaftlich erleuchteten und patriotisch gesinnten Clerus. Wir verlangen für den sogenannten niederen Clerus eine würdige und gegen jegliche hierarchische Willkür geschützte Stellung. Wir verwerfen die durch das französische Recht eingeführte und neuestens allgemeiner angeführte willkürliche Verfehrbarkeit (amovibilitas ad nutum) der Seelsorgsgewaltigen.“

Aus Frankfurt a. M. wird der „A. Allg. Ztg.“ geschrieben: „Wie es den Anschein hat, werden demnächst die abgebrochenen Friedensconferenzen in unserer Stadt wieder aufgenommen werden. Von den früheren Bevollmächtigten für Deutschland sind bereits Graf Uexküll (Württemberg) und Freiherr v. Buddenbrock (Preußen) wieder hier eingetroffen. Seit vorigem Dienstag befinden sich auch wieder die beiden französischen Bevollmächtigten Herr le Clerque und Gesandtschaftssecretär Schneider im „Russischen Hof.“ Graf Harry v. Arnim ist bekanntlich noch in Versailles, und Graf Hermann v. Arnim-Boitzenburg weilt zur Zeit noch zur Sommerfrische in Tegernsee, seine Ankunft im „Englischen Hof“ steht jedoch täglich in Aussicht, so daß voraussichtlich zu Anfang dieser Woche die Verhandlungen wieder beginnen werden.“

In Paris machen augenblicklich einige militärische Ernennungen sehr böses Blut, so auch die, von der „Independance Belge“ scharf kritisirte Ernennung des Marschalls Canrobert zum Befehlshaber der Loire-Armee.

Ein französisches Journal gibt Einzelheiten über den Besuch des französischen Handelsministers Lefranc bei Victor Emanuel. Der König ging ihm entgegen, drückte ihm die Hand mit den Worten: „Es gibt in diesem Augenblick noch Wolken zwischen Frankreich und Italien, aber sie müssen verschwinden. Frankreich und Italien sind Schwesternationen; sie müssen in vollkommener Harmonie, in brüderlicher Eintracht leben. Beide lateinischen Ursprungs, müssen sie gegen und mit Beziehung auf Alles Verbündete sein!“

Dem „Tempo“ zufolge erhielt König Victor Emanuel letzter Tage ein eigenhändiges Schreiben des Papstes, worin sich dieser an ihn wendet, die Regierung möchte darauf verzichten, der Kammer den die Abschaffung der religiösen Genossenschaften in der Stadt Rom betreffenden Gesetzesvorschlag vorzulegen.

Nachrichten aus Rom melden: „Das soeben zur Vertheilung gelangte definitive Budget für 1871 weist 1.397,030.000 Francs als Einnahmen, 1.558,042.000 Francs als Ausgaben, sonach ein präsumtives Deficit von 161,012.000 Francs auf. In dem provisorischen Budget waren die Einnahmen mit 1.200,284.000 Francs, und die Ausgaben mit 1.223,872.000 Francs, mithin ein präsumtives Deficit von 23,588.000 Francs, ausgewiesen worden. Es kommt hierbei außerdem noch zu berücksichtigen, daß sowohl in dem provisorischen, als in dem definitiven Budget für 1871 unter den Einnahmen 106 1/2 Millionen Francs (Anlehen von der Bank und öffentliche Rente) einbegriffen sind, wovon 31 1/2 Millionen auf die von dem Staate gebauten Eisenbahnen und 75 Millionen auf Amortisation kommen, so daß eigentlich ein Deficit von 267,512.000 Francs resultirt.“

In Sardinien und Sicilien hat die Unsicherheit einen derartigen Grad erreicht, daß die dortigen Militär-Commandanten um bedeutende Truppenverstärkungen nachsuchten. Der Militär-Commandant auf Sardinien verlangte zum mindesten ein weiteres Infanterie-Regiment oder zwei Jäger-Bataillone.

Ueber die europäische Politik schreibt eine Petersburger Correspondenz der „Londoner Pall Mall Gazette“ Folgendes: „Trotz der friedlichen Auseinandersetzungen der deutschen und österreichischen Regierungen herrscht hier immer noch große Eifersucht über die Gasteiner Zusammenkunft. In gut unterrichteten Kreisen behauptet man, daß in Kurzem, wahrscheinlich in der Schweiz, eine Zusammenkunft zwischen dem Czarenwitsch und Herrn Thiers als eine Art Contre-Demonstration

Seniſſelon.

Jaroslav Dombrowski.

Der ehemalige Commandant der Pariser Nationalgarde hat ein sehr bewegtes Leben hinter sich. Im Jahre 1862 war er als Officier beim russischen Generalstabe die Seele der Organisation des polnischen Aufstandes und agitirte besonders im Heere. Als sich dies herausstellte, ward er arretirt und in der Warschauer Citadelle untergebracht, woselbst er ein Fräulein Piotrowska kennen lernte und sofort ehelichte, obgleich ihm die Todesstrafe drohte. In der That wurde er bald darauf zum Tode verurtheilt. Schon befand sich Dombrowski auf der Richtstätte, da verkündigte man ihm, daß der Kaiser aller Russen die über ihn verhängte Strafe in eine Deportation nach Sibirien allergnädigst umzuwandeln geruht habe. Das Detachement, dem Dombrowski zugeheilt war, sah sich aber bemüßigt, längere Zeit in Moskau zu verbleiben, und hier gelang es ihm, seinen Häschern zu entfliehen. Wir finden ihn sodann in Constantinoel, in Paris; bald da, bald dort. Nach dem Kriege das Jahres 1866 veröffentlichte er in französischer Sprache eine strategische Studie, welche in militärischen Fachkreisen geschätzt wird. Im Jahre 1869, verwickelt in einen Scandalproceß der polnischen Emigration wegen Ausgabe falscher russischer Banknoten, wurde er von den napoleonischen Behörden detenirt und erst

vor Ausbruch des jüngsten Krieges aus der Untersuchungshaft entlassen. Ueber seine Flucht aus Moskau entnehmen wir einem Kratauer Blatte interessante Mittheilungen, die wir im Nachstehenden reproduciren: Dombrowski befand sich in jenem Gefängniß, in dem auch der Führer der socialen Bauernrevolte unter Katharina II. die letzten Tage seines Lebens zubrachte. Gewaltige Mauern, steinerne Wälle, die Nachbarschaft der Kasernen und außerordentliche Wachsamkeit der Runde, all das sollte eigentlich nichts weniger als den Gedanken an einen Fluchtversuch auskommen lassen. Anders bei Dombrowski. Nach langem Bitten gestattete der Gefängnißwächter den politischen Sträflingen, tagtäglich um die Mittagszeit die finsternen Casematten zu verlassen und in seine Wohnstube zu kommen, um daselbst ein Glas Brantwein zu leeren. Ein halbes Stündchen pflegten die Hochverräter beim Wächter zuzubringen, und während dieser Zeit umzingelte eine Schaar Soldaten mit aufgepflanztem Bajonnet dessen Häuschen. Die jeweilige Zahl der sich einfindenden Schnapsbrüder wurde nie nachgerechnet. Wo zu auch? Eine Flucht schien ja völlig unmöglich, denn die am Thore placirte Patrouille ließ eine Mannsperson weder hinaus noch hinein. Da gelang es Dombrowski, sich Weiberkleider zu verschaffen. Er legte dieselben an und hüllte sich in einen langen Burnus. Der kühle Herbsttag verstattete ihm, ohne Argwohn zu erregen, die Capuze über den Kopf zu ziehen. Im Zimmer des Wächters angelangt, zog er schnell den Mantel aus. Seine Leidensgenossen, die ihn seines despotischen Naturells ungeachtet lieb hatten, umschlossen

ihn nämlich von allen Seiten und verbargen auf diese Weise den den Ueberwurf abstreifenden Dombrowski den Augen des harmlos einschänkelnden Aufsehers. Als Weib, den Kopf mit einem buntpfarbigen Tuche verbunden, einen Bettelstab in der Hand, durchschritt nun der müthige Flüchtling die geräumigen Höfe des Gefängnisses und ward in seiner vermeintlichen Eigenschaft als Weib von der Soldateska mit allerlei Zudringlichkeiten bestürmt. Zwei Monate hindurch blieb er hierauf noch in Moskau, bis russische Freunde für ihn einen Reisepaß erstanden, der ihn auch aus dem weiteren Kerker, aus dem Czarenreiche befreite. Er begab sich nach Stockholm, reiste aber zwei Monate darauf nach Rußland zurück, um seine inzwischen aus einem Gefängnisse im Nizegroder Gouvernement ebenfalls entlohene Gattin auf dem Petersburger Bahnhofe, mithin im Angesichte der Polizei, abzuholen. Noch heute nennen die Kerkermeister in Moskau Dombrowski's Flucht „ein Werk des Teufels“.

Literarisches.

Das Neue Blatt. Die soeben eingetroffene Nr. 39 enthält: Johannes Nache. Von Graf Ulrich Wandislin. — Unwillkommene Ueberraschung. — Auf Kriegsdauer. Von Oskar Horn. — Chemische Briefe an unsere Leserinnen. Von Theodor Schwabe. — Rumänien und seine Eisenbahnfrage. — Drei Ritter. — Ein „Runder Robin.“ Von Friedrich Gerffäcker. — Für Hans und Herd. — An Illustrationen folgende: Unwillkommene Ueberraschung. Metropolitan der Walachei im großen Festrone. Grabkreuz in der kleinen Walachei. Walachischer Friedhof in der Nacht vor Allerheiligen. Portal der Kirche von Cosjo.

gegen die friedlichen Conferenzen zwischen den Kaisern von Oesterreich und Deutschland und ihren respectiven Ministern stattfinden wird. Eine solche Zusammenkunft würde sicherlich nicht ohne einige politische Bedeutung sein, denn der Czarenwitsch ist notorisch wegen seiner Feindseligkeit gegen Deutschland bekannt."

Der dänische Reichstag ist zum 2. October einberufen worden. Man erwartet keine großen, durchgreifenden Gesetzesvorschläge von der Regierung in dieser Sitzung, es ist jedoch höchst wahrscheinlich, daß die radicale Linke mit Forderungen großer Ersparnisse im Militärbudget auftreten wird. Die Regierung wird sich diesem widersetzen, weil sie selbst im nächsten Jahr, in Folge einiger Reformen im Heerplan, Vorschläge zu Ersparungen einbringen wird. Wie weit diese Reformen gehen werden, darüber ist man noch nicht einig; die Presse discutirt dieselben eifrig.

Die isländischen Verhältnisse fangen an, etwas verwickelt zu werden. Die repräsentative Versammlung dieser Insel, „Althing," hat am 19. August einen vom dänischen Reichstag angenommenen Entwurf, welcher die Stellung dieser Insel im Reich ordnen sollte, verworfen. Diese Opposition wird von Norwegen aus unterstützt, welches die Insel zu erwerben wünscht, da dieselbe ja von dort aus colonisirt worden ist. Seinerzeit war auch die Rede davon, daß Frankreich Island zu erwerben wünsche; es treiben hier jeden Sommer viele tausend französische Fischer unter der Beschützung von französischen Fregatten Fischerei. Die Stimmung in der Hauptstadt Reykjavik ist sehr erregt gegen die dänische Regierung und gegen alles, was dänisch ist, aus welchem Grunde eine in Kopenhagen bestehende Partei, welche wünscht, die dänische Regierung solle Preußen den Vorschlag machen, Island gegen Nordschleswig auszutauschen, Anhänger gewinnt.

Der „Wanderer" erhält aus London folgende wichtige Nachricht: „Die Verhältnisse in Ostasien nehmen mit jedem Tage einen bedenklicheren Charakter an und gestalten sich besonders für jene Mächte, welche eine handelspolitische Suprematie in jenen Gegenden anstreben, namentlich für England, immer bedrohlicher. An der Spitze der Bewegung steht China, wo die Regierung und das Volk dieselben Bestimmungen gegen die Fremden hegen, nur mit dem Unterschiede, daß die erstere vorsichtig und behutsam, staatsklug zu Werke gehen will, während das letztere, unbesonnen und leidenschaftlich, blindlings seinen wilden Gelüsten die Zügel schießen lassen möchte."

Aus den Landtagen.

(Neuester Bericht.)

Böhrz. Verhandlungen über Petitionen, Regierungsvorlagen, Gemeinde- und Wahl-Angelegenheiten.

Kärnten. Vornahme der Landesauschuwahlen. Aufforderung zur Vornahme der Reichsrathswahlen. Verhandlung über Gemeinde-, Schul-, Grundentlastungs-, Buchhaltungs- und Steuerfachen.

Steiermark. Verhandlung über Petitionen, Schul-, Grundbuch-, Gemeinde-, Grundsteuer-, Abschätzungs-, Forstkulturs- und Strafsproceßänderungs-Angelegenheiten. Annahme der Rechtsverwahrung gegen das l. Rescript.

Niederösterreich. Pensionirung von 83 Landeschullehrern.

Oberösterreich. Annahme der Adresse an den Kaiser. Aufforderung zur Vornahme der Reichsrathswahlen.

Tirol. Berathung über Petitionen und Schulfachen.

Borarlberg. Antrag auf Ablehnung der Wahlordnung.

Böhmen. Rücktritt des bisherigen Landesauschusses.

Mähren. Berathungen über Kasernbau und Genossenschaften.

Schlesien. Protest gegen das l. Rescript.

Galizien. Adressberathung. Anträge auf Vermehrung der l. l. Gendarmerieposten; Einführung von Collectivgemeinden, Aufstellung eines Bergwerkrathes.

Dalmatien. Antrag auf Abschaffung der Wahlbezirke für Höchstbesteuerle.

Tagesneuigkeiten.

(Das l. l. Justizministerium) hat — wie der „Gr. Tagbl." aus Wien geschrieben wird — an sämtliche Oberlandesgerichte die Weisung ergehen lassen, daß die in den sowohl das eigentliche Staatsärar, als auch die vom Staate dotirten Fonde (Religions-, Studienfond) betreffenden Rechtsangelegenheiten erwachsenden Reisefosten der Gerichtsbeamten von der Finanzprocuratur, beziehungsweise von dem Etat oder Fonde, in dessen Interesse die Rechts- oder Executionsfache geführt wird, vorzuschießen und zu den Lasten des bezüglichen Etats oder Fondes zu verrechnen sind.

(Brigadecommanden für die cisleithanische Landwehr.) Das diesseitige Landesverteidigungsministerium geht mit der Absicht um, ähnlich, wie dies bei den Fondebesitzern bereits der Fall ist, Brigaden zu ernennen, welche zwar nicht permanent activirt sein sollen, jedoch während des jährlich üblichen Turnus der Landwehr-

rekrutenabrichtung und Waffenaübungen die nöthigen Inspicirungen vorzunehmen hätten. Von Seite des Reichkriegsministeriums wurde dem Landesverteidigungsministerium bereits eine Anzahl von Generalen des Pensionsstandes nominaft gemacht, welche commissionell zur Dienstleistung als Landwehrbrigadiers für geeignet bezeichnet wurden. Wie wir erfahren, sind auch von Seite des Landesverteidigungsministeriums einige dieser Herren Generale aufgefordert worden, sich zu erklären, ob sie sich physisch zur Uebernahme eines solchen Postens geeignet fühlen.

(Abänderungen in den Subarrondirungs-Bedingungen.) Behufs möglicher Erzielung günstigerer Preise bei Sicherstellung der Militär-Verpflegserfordernisse für das Jahr 1872 hat die Kriegsverwaltung in den bisher vorgeschriebenen Contracts-Bestimmungen wesentliche Erleichterungen für die Differenten eintreten lassen. Diese neuen Bestimmungen, beziehungsweise Erleichterungen sind folgende: a) Der Reservevorrath wird nur mit dem 20. (bis jetzt mit dem 10.) Theile des Erfordernisses berechnet, und ist nur für einen innerhalb der eigentlichen Contractsdauer eintretenden und längstens bis zum vorgeschriebenen Kündigungs-Termin bekannt werdenden Bedarf anzusprechen, wonach die Abgabe des Reservevorrathes nach Ablauf der eigentlichen Contractsdauer ganz aufgelassen wird. b) Die Bestimmungen, daß die fassungsweisen Naturalien-Quittungen am Ende des Monats gegen eine Hauptquittung einzutauschen seien, wird gleichfalls aufgehoben, wodurch die Subarrondatoren in die Möglichkeit versetzt werden, um einige Tage früher ihre Verdienstverträge einzucassiren. Selbstverständlich müssen die fassungsweisen Naturalien-Quittungen ebenso legal ausgefertigt sein, wie es bisher die Hauptquittung sein mußte. c) Es wird gestattet, die definitive Abrechnung über den Subarrondirungs-Verdienst, beziehungsweise die Auszahlung desselben, auch halbmonatlich zu pflegen, wenn es der Arrondator wünschen sollte. d) Auf Ansuchen der Arrondatoren bei der Verpflegsmagazins-Verwaltung können sowohl die eingelegten Cautionen gegen neue, allen vorgeschriebenen Bedingungen vollkommen entsprechende umgetauscht, als auch die auf ein anstandslos zurückgelegtes Contractsquartal entfallende Cautionquote den Cautionserlegern zurückgestellt werden.

(Ergebnisse des Stempel- und Taxgefälles.) Die „Austria" bringt die Ausweise über die Ergebnisse des Stempel- und Taxgefälles, sowie der Gebühren von Rechtsgeschäften im Jahre 1870 bezüglich der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder. Nach diesen Ausweisen betrug die Bruttoeinnahme: im Stempelgefälle 12,664.849 fl. gegen 12,378.520 fl., im Vorjahre an Taxen 1,000.956 fl. gegen 1,284.766 fl. im Jahre 1869, an Gebühren von Rechtsgeschäften 23,854.849 fl. gegen 23,299.719 fl. im Vorjahre. Die gesammten Einnahmen bezifferten sich auf 37,520.654 fl. gegen 36,963.005 fl. im Jahre 1869, daher im Jahre 1870 mehr um 557.649 Gulden. Die Mehreinnahmen betreffen hauptsächlich Gebühren von Rechtsgeschäften, deren Bruttoertrag gegen das Vorjahr im Ganzen um 555.130 fl. gestiegen ist.

(Zur Triester Ausstellung.) Se. kaiserl. Hoheit der Herr Erzherzog Wilhelm hat am 24. d., Nachmittags, vom Herrn Statthalter und vom Präsidenten des Ausstellungs-Comité's, Herrn De Rin, geleitet, die Ausstellung in allen ihren Theilen aufmerksam besichtigt — wobei in der das Marinewesen umfassenden Abtheilung die Herren E. Strudthoff und Marinebauingenieur Moerath die Ehre hatten, dem Herrn Erzherzog Erläuterungen über die ausgestellten Gegenstände zu geben — und seine volle Befriedigung darüber ausgesprochen. Es wurden, trotz des ungünstigen Wetters, 2074 Eintrittskarten ausgegeben, abgesehen von zahlreichen Abonnementsbilletts. Kataloge der Abtheilung für die schönen Künste, sowie der Musterausstellung der Handelskammer sind bereits erschienen. Ein kleines Dampfgeschwader lichtete Vormittags am 25. d. um 9 Uhr die Anker und trat eine Rundfahrt im Golse an, wobei unsere maritimen Etablissements u. s. w. besichtigt wurden. Zahlreiche Gäste füllten die schmucken Schiffe und freuten sich, vom schönsten Wetter begünstigt, des prächtigen Anblicks, den Küste und Meer darboten. Die vereinten Bemühungen des Ausstellungs-Comité's und des Kunstvereins hatten den glücklichen Erfolg, daß die sowohl der Zahl nach reichste, als dem Werthe nach beste Schau-stellung von Werken der bildenden Kunst geboten werden konnte. Der lange Saal, welcher den Werken der Malerei und der Bildhauerkunst eingeräumt wurde, macht, durch Oberlicht erhellt, einen heiteren und anmuthigen Eindruck, die Helle fällt ruhig und gleichmäßig auf die ausgestellten Kunstwerke; es gibt keine dunklen Winkel, die zur Todtenkammer der Bilder werden, wie dies bei unseren früheren Ausstellungen aus Mangel an geeigneten Räumlichkeiten stets der Fall war. Ungewöhnlich zahlreich ist die Bildhauerei vertreten, aber durch lauter Werke italienischer Künstler; bei der Malerei macht sich das Uebergewicht der deutschen Kunst geltend. Unsere Triester Künstler sind fast alle und größtentheils mit mehreren Werken theilhaft, und denselben ist eine eigene Abtheilung gewidmet.

(Der ungarische Juristentag) ist am 23. d. in Pest eröffnet worden. Den Reigen der Festlichkeiten eröffnete das Festbanket, das die Stadt Pest zu Ehren desselben in den Redouten-Localitäten veranstaltete. Die versammelten Juristen füllten den großen Saal, im kleinen Saal und im Buffet war servirt und wurde auch wacker zugesprochen. Die von Seite der Stadt Pest entsendete Begrüßungsdeputation mit Herrn Stadtrichter Bogisich an

der Spitze erschien um 8 Uhr und hielt Herr Bogisich eine kurze Begrüßungsrede. Im Namen des Juristentages dankte Herr Emericch Hoboschy, der auch diese Gelegenheit benützte, um der Regierung Jubelnd in Justizsachen vorzuwerfen. An Triakspüchen wurden bloß vier gesprochen. Der Umstand, daß die Wahl des Präsidenten den Juristentag in zwei schroff gegenüberstehende Parteien scheidet, machte sich den ganzen Abend durch eine gedrückte Stimmung geltend, die nur einigermaßen durch die Anwesenheit eines schönen Damentranzes gemildert wurde. Balhafar Horvath wurde mit 301 gegen 90 Stimmen, welche Professor Hoffmann zufielen, zum Präsidenten gewählt. Horvaths Antrittsrede wurde beifällig aufgenommen; er wirft einen Rückblick auf die Justizorganisation, neue Gesetze wurden im vergangenen Jahre angenommen; noch bleiben der Legislative große Aufgaben. Bemerkenswerth war die Bescheidenheit und Zurückhaltung des Redners, da die meisten Gesetze unter ihm als Justizminister geschaffen wurden.

(Die Kleinkinderbewahranstalten in Graz), u. z. am Gries, Graben, Lend, St. Leonhard und Mlinggraben, zählten nach der „Grazzer Zeitung" mit Schluß des Jahres 1870 zwei Lehrer, fünf Wärterinnen und drei Aushilfswärterinnen. Besucht wurden die sämtlichen Anstalten von 186 Knaben und 168 Mädchen. Die Zahl der Besuchstage bezifferte sich in diesem Jahre auf 64.479, die Einnahmen auf 4245 fl. 33 kr., die Ausgaben auf 4494 fl. 11 kr. Auf die Erhaltung der Anstalten entfielen 4223 fl. 29 1/2 kr., auf die Vermögensverwaltung 270 fl. 81 1/2 kr.

(Schnee.) Aus der Gegend von Starckenbach schreibt man dem „Botrol." „Am 18. September fiel im Riesengebirge Schnee, der auf dem ganzen Vorgebirge liegen blieb. In der Nacht vom 18. zum 19. war in der ganzen Umgegend ein so starker Frost, daß in den Niederungen das Wasser Eistrüsten zeigte und alle Pflanzen, namentlich das Karioffelkraut erfroren. Am 19. fiel in der Umgebung des Riesengebirges abermals durch mehrere Stunden Schnee. Unter dem dortigen Volke herrscht die Ansicht, daß, wenn es vor Wenzeslai schneit, ein warmer Herbst zu erwarten stehe."

(Die Eigenthümer der Augsburger „Allg. Ztg.") widersprechen auf das Bestimmteste der Nachricht, daß sie das Blatt aus Baiern weg nach Stuttgart oder Frankfurt verlegen wollen.

(Frankreichs Schlachtopfer.) Die „A. A. Ztg." theilt Folgendes mit: „Nach den amtlichen nicht veröffentlichten Erhebungen zählt Frankreich im letzten Kriege 89.000 Tode im Kampf und in Lazarethen, davon 26.000 von Forbach bis Metz inbegriffen, 10.000 bei Sedan, 17.000 in Paris, 22.000 an der Loire, 7.000 unter Bourbaki, 3500 im Norden, 1600 unter Garibaldi. Im Krimkriege betrug der Verlust an Todten 110.000, im italienischen Kriege 40.000, in Mexiko 35.000, sonst noch 10.000, so daß das Kaiserthum, welches den Frieden bedeutete, 300.000 Männer auf Schlachtfeldern und in Lazarethen verloren hat."

(Marschall Mac Mahon) gedenkt eine Schrift über die Schlacht bei Sedan herauszugeben, in welcher er die Schuld der Katastrophe auf den General Wimpffen wälzen will.

(Handgranaten.) Die in früheren Kriegen als beliebtes Kampfmittel bei der Verteidigung von Verticlichkeiten in Verwendung gewesen, beinahe ganz vergessenen Handgranaten sind in neuester Zeit durch Einführung derselben in die Feldausrüstung der Genie-Truppen wieder einigermaßen zu Ehren gelangt. Da man eine genaue Kenntniß über die Grenzen der Leistungsfähigkeit dieses Geschosses haben wollte, so wurden in jüngster Zeit verschiedene Versuche damit gemacht, durch die festgestellt wurde, daß ungefähr vier Sekunden verstreichen, bis ein Mann die Brandröhre an einer Lunte entzündet und die Handgranate wirft. Da die Brenndauer der Brandröhre beim Versuche zwischen 13 und 15 Sekunden varirte, so er-ab sich auch die Möglichkeit, nacheinander zwei, ja selbst drei Granaten zu werfen, bevor der Mann, beziehungsweise der Werfende Deckung suchen mußte. Die Versuchs-Commission schöpfte aus diesem Resultate die Ueberzeugung, daß die Wirkung gegen dicke, im Graben einer Schanze angesammelte Sturmcolonnen eine sehr bedeutende sein müsse, weiters auch noch, daß ein Knapp an der Brustwehr stehender Verteidiger von rückwärts fliegenden Sprengparthien wohl nichts zu besorgen habe, daß dagegen ungedeckte Verteidiger im Innern des Werkes allerdings durch einzelne Sprengstücke gefährdet werden können. Von der für das Werfen von Handgranaten bestimmten Truppe muß vor allem Anderen Besonnenheit und Kaltblütigkeit in erhöhtem Grade gefordert werden.

(Die russische Occupationsarmee) in Polen hat den Befehl erhalten, sich mit der Erprobung einer neuen Gattung, vom General Gorford verbesserten Mitrailleusen zu befassen. Jede dieser Mitrailleusen soll 3. bis 400 Kugeln pr. Minute in einer Distanz zwischen 2. bis 4000 Fuß schießen. Man kann mittelst einer einzigen Mitrailleuse in 24 Minuten ohne Unterbrechung 6000 Kugeln anschießen.

(Ein neues Theater) soll in Petersburg errichtet werden, ein czechisch-polnisches. Gegenwärtig bewirbt sich um die Concession dazu der Director einer polnischen Provincial-Schauspielertruppe, für die er noch neue tüchtige Kräfte an czechischen und polnischen Schauspielern zu gewinnen beabsichtigt. Wir zweifeln sehr, daß die nach-

gesuchte Concession gewährt wird, und, wenn dies der Fall, daß der Unternehmer ein gutes Geschäft mache, da die polnische Colonie in Petersburg nicht gerade zahlreich und czechisches Publicum gar nicht vorhanden ist.

(Eine Eisenbahn nach Indien.) Zu Form einer Denkschrift an den Premierminister Gladstone haben zwei Engländer, William Lav in Wrexham und George Thomas in Cardiff, wie der "Wandere" meldet, die Umrisse eines Planes veröffentlicht, wonach eine Reise von England nach Indien innerhalb des kurzen Zeitraumes von fünf Tagen zurückgelegt werden kann. Sie machen den Vorschlag, die bestehenden Eisenbahnlängen und den Mont-Cenis-Tunnel nach Triest zu benutzen und von da eine Eisenbahn zu konstruieren, die durch Oesterreich, die europäische und afrikanische Türkei, Persien, Beluchistan nach Kurrachee und von da weiter nach Bombay führt. Die Totalentfernung von London nach Kurrachee würde 5311 Meilen per Eisenbahn und 28 Meilen (die Meerenge von Dover) zur See betragen und bei einer gleichmäßigen Rate von 10 1/2 Meilen per Stunde zu Wasser und 40 Meilen per Stunde zu Lande, könnte die Reise in 5 Tagen, 16 Stunden und 46 Minuten zurückgelegt werden. Da von der Gesamtlänge der erforderlichen Linie bereits der vierte Theil (1170) Meilen konstruirt ist, würden sich die Kosten des Unternehmens in runder Summe auf höchstens 41 Millionen Pf. St. stellen, und die Urheber des Projectes schlagen vor, die Constructionskosten nicht von einer einzigen Nation allein, sondern von allen denen, durch deren Gebiet die Bahn läuft, tragen zu lassen.

(Gehalte der russischen Beamten.) Die russische „St. Petersb. Ztg.“ veröffentlicht eine Uebersicht über die höchsten, russischen Civilbeamten gezahlten Gehalte. Nach derselben erhält der Reichskanzler Fürst Gortschakoff außer freier Wohnung 40.000 Rubel, der Gesandte in London, Graf Brunnow, 57.540 Rbl., der Gesandte in Berlin, v. Dubril, 35.655 Rbl. und 3500 Rbl. Quartiergeld, der Unterrichtsminister, Graf Tolstoy, 26.000 Rbl., der Justizminister, Graf Pahlen, 18.000 Rbl., der Gesandte in Brüssel 21.000 Rbl., der kaiserliche Leibarzt, Dr. Karell, 16.062 Rbl., der Leibmedicus Zjurin 13.791 Rbl., die Gesandten in Wien, München und Haag je 19.685 Rbl., der ehemalige Minister des Innern, Wajusseff, 17.000 Rbl. u. s. w.

(Cholera.) Einer aus Constantinopel eingetroffenen Nachricht zufolge, trete die Cholera dort sehr gelinde auf und könne fast als erloschen betrachtet werden.

(Mord-Statistik Amerika.) Wie aus einer jüngst veröffentlichten amtlichen Zusammenstellung ersichtlich ist, wurden im letzten Jahre in den vereinigten Staaten — in den Landen der hohen Civilisation — 2125 Morde verübt. Texas ist mit der größten Zahl, 323, New-York mit 70 Morden vertreten.

Locales.

(Erzherzog Wilhelm), kais. Hoheit, k. t. General-Artillerie-Inspector u. s. w., hat gestern die Artillerie, Landwehr, Militärinstitute u. s. w. der höchsten Inspection unterzogen.

(Löwen-Theater.) Frau Fanny Casanova gewährt ihren vortrefflich dressirten „Söhnen der Wildniß“ eine mehrtägige Erholung, d. h. sie wird ihre Vorstellungen einige Tage unterbrechen, und rechnet nach Verlauf dieser Ruhetage für die kurze Zeit ihres Hierseins auf freundlichen, zahlreichen Besuch, welchen wir der Künstlerin aufrichtig wünschen, umso mehr, als die Kritik über deren Productionen in Hamburg (siehe „Hamburger Nachrichten“ Nr. 96, 1867), Schwerin („Norddeutscher Correspondent“ Nr. 122, 1867), Riga („Rigaer Zeitschrift“ Nr. 72, 1867), Linz („Linz. Zeitung“ Nr. 240, 1869) u. s. w. der Künstlerin Frau F. Casanova wohlverdientes Lob spendet. — Das p. t. Publicum kann diesen Vorstellungen mit voller Beruhigung in Betreff der körperlichen Sicherheit beiwohnen, nachdem die Thierwägen

und die Bühne auf Grund commissionellen technischen Befundes sicher gebaut und konstruirt sind.

(Aus dem Amtsblatte.) Beim Rudolfs-werther Kreisgerichte ist eine Officialstelle mit 600 fl. Gehalt zu besetzen. Bewerbungen bis 10. October ans Präsidium. — Der Tabakkleinverfleiß nebst Lotocollectur im Hause Nr. 15 in Laibach sind wieder zu besetzen. Schriftliche Offerte, mit 50 kr. Stempel versehen, bis 16. October an die hiesige Finanzdirection. — Am Real-gymnasium zu Krainburg beginnt das Schuljahr am 9ten October d. J. Neuanmeldungen am 29. und 30. Sept.

(Triester Nachrichten.) Die Triester Ausstellung war am 25. d. von 1700 Personen besucht. Am 26. d. trat eine heftige Springschlut ein, die Ruis waren überschwemmt, das Wasser drang bis auf den Theaterplatz und die Abtheilung der Bildergalerie wurde stark beschädigt.

Eingefendet.

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten, Revalésièrè Du Barry von London.

Seitdem Seine Heiligkeit der Paps durch den Gebrauch der delicatesu Revalésièrè du Barry glücklich wieder hergestellt und viele Aerzte und Hospitler die Wirkung derselben anerkannt, wird Niemand mehr die Kraft dieser köstlichen Heilmahrung bezweifeln und führen wir folgende Krankheiten an, die sie ohne Anwendung von Medicin und ohne Kosten beseitigt: Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Athem-, Blasen- und Nierenleiden, Tuberculose, Schwindfucht, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhöen, Schlaslosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wassersucht, Fieber, Schwindel, Blutausfließen, Ohrenbräunen, Uebelkeit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Sicht, Bleichsucht. — Auszug aus 72.000 Certificaten über Genejungen, die aller Medicin widerstanden:

Certificat Nr. 71814.

Erosue, Seine und Dife, Frankreich, 24 März 1868.
Herr Richy, Steuereinnnehmer, lag an der Schwindfucht auf dem Sterbebette und hatte bereits die letzten Sacramente genommen, weil die ersten Aerzte ihm nur noch wenige Tage Leben versprochen. Ich rieth die Revalésièrè du Barry zu versuchen, und diese hat den glücklichsten Erfolg gehabt, so daß der Mann in wenigen Wochen seine Geschäfte wieder besorgen konnte und sich vollkommen hergestellt fühlte. Da ich selbst so viel Gutes von Ihrer Revalésièrè genossen habe, so füge ich gerne diesem Zeugnisse meinen Namen bei.

Schwester St. Lambert.

Nährhafter als Fleisch, erparat die Revalésièrè bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in Arzneien.

In Blechbüchsen von 1 Pfund fl. 1.50, 1 Pfund fl. 2.50, 2 Pfund fl. 4.50, 5 Pfund fl. 10, 12 Pfund fl. 20, 24 Pfund fl. 36. Revalésièrè Chocolatee in Pulver und in Tabletten für 12 Tassen fl. 1.50, 24 Tassen fl. 2.50, 48 Tassen fl. 4.50, in Pulver für 120 Tassen fl. 10, für 288 Tassen fl. 20, für 576 Tassen fl. 36. Zu beziehen durch Barry du Barry & Comp. in Wien, Wallfischgasse Nr. 8, in Laibach Ed. Wahr, in Marburg F. Kollernig, in Lagenfurt B. Birnbacher, in Graz Gebrüder Oberräumayr, in Innsbruck D. Dietl & Frank, in Linz Haselmayer, in Pest Lörst, in Prag F. Fürst, in Brunn F. Eder, sowie in allen Städten bei guten Apothekern und Specereihändlern; auch versendet das Wiener Hans nach allen Gegenden gegen Postanweisung oder Nachnahme.

Neueste Post.

(Original-Telegramm der „Laibacher Zeitung.“)

Lagenfurt, 26. September. In der heutigen Landtagssitzung wurde eine Rechtsverwahrung gegen das Rescript an den böhmischen Landtag angenommen. Der Regierungsvertreter bezweifelt die Competenz des Landtages. Der slovenische Abgeordnete Einspieler protestirte protokollarisch.

München, 24. September. In der heutigen letzten öffentlichen Versammlung der Ultrakatholiken konnte die Verlesung des katholischen Programms nicht mehr erfolgen. Schulte gab nach einem Hoch auf Döllinger den Vorsitz an den Ober-Staatsanwalt Wolff zurück. Dieser schloß die Versammlung mit einem Hoch auf König Ludwig.

Börsenbericht. Wien, 25. September. Des großen jüdischen Feiertages wegen war die Börse sehr schwach besucht und bewegte sich daher der Verkehr in engen Grenzen. Der meiste Umsatz fand in Nationalbankactien, die bis 773 stiegen, in Actien der Wechselbank, dann in Kajaan-Oberberger Eisenbahnactien, welsch letztere sich bis 1874 erhöhten, statt. Papierrente gewann etwa zwei Behutel. Ungarische Prämienanlehen bis 100 gezahlt. Devisen nahezu unverändert.

A. Allgemeine Staatsschuld.		Wiener Communalanlehen, rückzahlbar 5 pCt. für 100 fl.		Geld Waare		Geld Waare	
Für 100 fl.		Geld	Waare	Krauz-Josephs-Bahn		Siebenb. Bahn in Silber verz.	
Einheitliche Staatsschuld zu 5 pCt. in Noten verzinst. Mai-November	58.60	58.70	86.—	86.50	207—	207 50	100 fl. südd. W. 101 60
" " Februar-August	58.60	58.70	207.50	207.50	170.50	171.—	Frankfurt a. M. 100 fl. detto 101 90
" " Silber " Jänner-Juli	68.80	69.—	221.50	222.—	383.—	386.—	Hamburg, für 100 Mark Banco 88 65
" " April-October	69.—	69.10	221.50	222.—	219.—	219.50	London, für 10 Pfund Sterling 119.20
Poste v. J. 1839	—	—	292.—	292.20	162.75	163.25	Paris, für 100 Francs . . . 46 60
" " 1854 (4 %) zu 250 fl.	91.75	92.25	292.—	292.20	173.50	174.—	
" " 1860 zu 500 fl.	98.80	99.—	113.—	113.50	379.—	380.—	
" " 1860 zu 100 fl.	113.25	113.75	930.—	935.—	190—	191.20	
" " 1864 zu 100 fl.	136.50	137.—	120.90	121.10	176.25	176.75	
Staats-Domänen-Pfandbriefe zu 120 fl. z. W. in Silber	122.50	123.—	120.90	121.10	161.75	162.25	
B. Grundentlastungs-Obligationen.		C. Actien von Bankinstituten.		E. Pfandbriefe (für 100 fl.)		H. Privatloste (per Stück.)	
Für 100 fl.		Geld Waare		Geld Waare		Geld Waare	
Böhmen zu 5 pCt.	96.—	97.—	Anglo-östrerr. Bank	256—	256.25	Creditanstalt f. Handel u. Gew. zu 100 fl. z. W.	188 75
Galizien " 5 "	75.25	75.75	Banverein	221.50	222.—	Rudolf-Stiftung zu 10 fl.	14.50
Nieder-Oesterreich " 5 "	97.—	98.—	Boden-Creditanstalt	—	—		
Ober-Oesterreich " 5 "	94.50	95.—	Creditanstalt f. Handel u. Gew.	292.—	292.20		
Siebenbürgen " 5 "	76—	76.50	Creditanstalt, allgem. ungar.	113.—	113.50		
Steiermark " 5 "	92.—	93.—	Escompte-Gesellschaft, u. ö.	930.—	935.—		
Ungarn " 5 "	79.50	80.—	Franco-östrerr. Bank	120.90	121.10		
C. Andere öffentliche Anlehen.		E. Actien von Transportunternehmungen.		G. Prioritätsobligationen.		I. Wechsel (3 Mon.)	
Für 100 fl.		Geld Waare		Geld Waare		Geld Waare	
Donauregulierungsloste zu 5 pCt.	96.50	97.—	Alföld-Fiumaner Bahn	181.50	182.—	R. Wtlng-Ducaten.	5 fl. 76 fr. 5 fl. 78 fr.
Ung. Eisenbahnanlehen zu 120 fl.	—	—	Böhm. Westbahn	257.50	258.—	Napoleonsdor.	9 " 54 " 9 " 54 "
z. W. Silber 5% pr. Stück	109.—	109.50	Carl-Ludwig-Bahn	570.—	572.—	Preuß. Cassenscheine	1 " 80 " 1 " 80 "
Ung. Prämienanlehen zu 100 fl.	99.—	99.25	Donau-Dampfschiff. Gesellsch.	570.—	572.—	Silber	120 " 20 " 120 " 40 "
z. W. (75 fl. Ciqq. fl.) pr. Stück	99.—	99.25	Elisabeth-Westbahn	234.25	234.75		
			Elisabeth-Westbahn (Linz = Budweiser Strecke)	—	—		
			Ferriand-Nordbahn	2113	2117.—		
			Krauz-Josephs-Bahn	—	—		